



## Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

---

Bericht der: Bildungs-, Kultur- und Sportkommission  
vom: 27 Januar 2013  
zur Vorlage Nr.: [2012-121](#)  
Titel: **Bericht zum Postulat [2010-165](#) von Regina Vogt, FDP-Fraktion:  
Ärztmangel**  
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

---



## Bericht der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission an den Landrat

### betreffend Bericht zum Postulat [2010-165](#) von Regina Vogt, FDP-Fraktion: Ärztemangel

Vom 27. Januar 2013

#### 1. Ausgangslage

Das Postulat wurde vor dem Hintergrund eingereicht, dass sich in der Schweiz in den vergangenen Jahren ein Ärztemangel abgezeichnet hat und die Schweiz einen Grossteil der Spitalärzte und Spitalärztinnen aus dem Ausland rekrutiert. Gemäss Bundesamt für Statistik sind es 43,7%. Dass die Schweiz zu den Nutzniesserinnen der Migration des Gesundheitspersonals gehört, wurde mit einer Ob-san-Studie (Schweizerisches Gesundheitsobservatorium) aus dem Jahre 2010 belegt. Für die Schweiz stellt sich angesichts des wachsenden Anteils der im Ausland ausgebildeten Ärztinnen und Ärzte zusätzlich die Frage nach der Versorgungssicherheit.

Ein drohender Ärztemangel wird nicht nur in der Schweiz diskutiert. In vielen europäischen Ländern, aber auch in den USA oder Kanada sind Erhöhungen von Studienkapazitäten ein Thema.

Die Schweiz verfügt über eine höhere Dichte an Gesundheitspersonal als die meisten anderen OECD-Länder, doch ist mittelfristig in bestimmten Berufsgruppen und geographischen Gebieten eine Unterversorgung zu befürchten. Als Beispiel kann die oft schwierige oder nicht mögliche Nachfolgeregelung in Hausarztpraxen in ländlichen Gebieten genannt werden.

#### 2. Ziel der Vorlage

Ziel der Vorlage ist es, Auskunft zu geben und Wege aufzuzeigen, wie das Thema «Ärztemangel» auf verschiedenen Ebenen angegangen werden kann. Die Vorlage analysiert den Ist-Zustand zum Zeitpunkt der Beantwortung und zeigt Wege und Möglichkeiten auf, das Problem anzugehen. Sie weist aber auch deutlich auf die Grenzen hin, welche einem isolierten kantonalen Vorgehen gesetzt sind. Fragen der medizinischen Versorgung unseres Landes können nur in enger Koordination der Kantone mit dem Bund gemeinsam umgesetzt werden.

#### 3. Kommissionsberatung

##### 3.1 Organisation der Beratung

Diese Vorlage wurden an den beiden Sitzungen der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission vom 13. September 2012 und 6. Dezember 2012 beraten. An den Sitzungen waren als Auskunftspersonen sowie zur Beantwortung von Fragen folgende Personen anwesend: Regierungsrat Urs Wüthrich, Roland Plattner, Generalsekretär der BKSD, und Jacqueline Weber, Stabsstelle Hochschulen BKSD.

##### 3.2 Beratung im Einzelnen

Kommissionspräsident Paul Wenger begrüsst Jacqueline Weber von der Stabsstelle Hochschulen und gibt ihr gleich Gelegenheit, die Vorlage vorzustellen. Nachstehend werden die zentralen Punkte ihrer Präsentation, die sich eng an die Vorlage hält, festgehalten:

- Die Gründe für einen Ärztemangel liegen in einer steigenden Nachfrage nach ärztlichen Leistungen (Zunahme der älteren Bevölkerung) und einer veränderten Einstellung der Ärztinnen und Ärzte zur Work-Life-Balance.
- Nur ein Teil der interessierten Maturandinnen und Maturanden erhält einen Studienplatz in Medizin.
- Durch die Einführung eines Numerus Clausus im Jahre 1998 an den Universitäten Basel, Bern, Freiburg und Zürich hat sich die Studienerfolgsquote von 50% auf zwischen 80% und 90% erhöht.
- Die Schweiz sei Nutzniesserin der Migration des Gesundheitspersonals.
- Ein Anteil von 43,7% der Ärztinnen und Ärzte in Schweizer Spitälern kommt aus dem Ausland (vor allem aus Deutschland und Frankreich).
- Eine Massnahme der Kantone zur Reduktion dieser Problematik sind eine Erhöhung der Aufnahmekapazität in Zürich und Bern.
- Die Kantone Freiburg, Tessin und Luzern koordinieren den Bachelor- und Masterstudiengang mit anderen Universitäten.
- Der Kanton Basel-Landschaft nimmt Teil an der Mitfinanzierung von Assistenzstellen in Hausarztpraxen zur Förderung des Nachwuchses in der Hausarztme-

dizin.

- Der Bund, interkantonale Gremien und der Regierungsrat streben gesamtschweizerische Lösungen an.
- Die jährlich erteilte Zahl von eidgenössischen Arztdiplomen soll um 50% auf 1200 bis 1300 erhöht werden.
- Die Aufwendungen der Universitäten für den Bereich Humanmedizin betragen CHF 1,3 Mrd. (2010).

Die Postulantin ist mit der Beantwortung des Postulates nicht ganz zufrieden. Die Beantwortung der Fragen sei in einzelnen Punkten unzureichend und zu wenig präzise. Sie räumt aber ein, dass ihr Postulat aus dem Jahre 2010 gewissermassen Schnee von gestern sei und sie deshalb bereits eine weitere Motion lanciert habe. Aber es brauche heute und morgen natürlich eine Entwicklung und den guten Willen aller, die etwas verändern wollen.

Regierungsrat Urs Wüthrich fragt grundsätzlich, ob die Vorlage das taugliche Mittel sei, um all diese erkannten Probleme lösen zu können. Er weist darauf hin, dass vieles, was in dieser Vorlage stehe zwischenzeitlich so nicht mehr stimme. Die regierungsrätliche Antwort bilde den aktuellen Kenntnisstand im Zeitpunkt der Beantwortung ab. Momentan seien Entwicklungen auf Bundesebene im Gange, die beachtet werden müssen. Er weist weiter darauf hin, dass es nicht zuletzt der gemeinsamen Trägerschaft von Baselland und Basel-Stadt zu verdanken sei, dass eben gerade bei der Universität Basel eine transparente Ausscheidung der Kosten für Lehre und Forschung erfolgt ist, was schweizweit exklusiv sei. Er beantragt deshalb Abschreibung des Postulates und ergänzt, dass das Thema die Kommission in jedem Fall in der einen oder anderen Form weiter beschäftigen werde.

Ein Kommissionsmitglied will aufgrund einer Medienmitteilung Auskunft darüber, ob aufgrund eines vom Bundesrat beschlossenen Gesetzesvorschlags die Kantone die Möglichkeit haben, die Zulassung von Spitalärzten wieder einzuschränken. Konkret fragt er, ob es nun ein Ärztemangel gibt oder nicht.

Ein anderes Kommissionsmitglied, selber Arzt, berichtet über die Entwicklung des Medizinstudiums aus seiner Sicht. Waren vor 30 Jahren im ambulanten Sektor 8'800 Ärzte zugelassen, so sind es heute doppelt so viele. Und jetzt spreche man von einem Ärztemangel. Doch man müsse differenzieren. Die einen sprechen von einer Ärzteschwemme im Spezialistenbereich. Dagegen sei auch ein Mangel an Hausärzten in vielen Gegenden Wirklichkeit. Heute seien in der Schweiz 31'000 Ärzte tätig. Schliesslich frage er sich als Arzt selber, ob man es nun mit einer Ärzteschwemme oder einem Ärztemangel zu tun habe.

Regierungsrat Urs Wüthrich meinte dazu, man müsse wohl eher von einem Patientenüberfluss sprechen, was für Momente eine wohlthuende Heiterkeit auslöste.

Ein anderes Kommissionsmitglied stellt die Frage, ob man sich bewusst sei, dass eine allfällige Lockerung der Aufnahmekapazität mit deutlichen Mehrkosten verbunden sei und die Fraktion der Postulantin damit einverstanden sei, dass die Universität Basel dadurch mehr Geld brauche. Regierungsrat Urs Wüthrich berichtet hierzu von unerfreulichen Diskussionen mit dem Bundesamt für Gesundheit. Vom Bund erhalte man kein Geld. Hier müssen die Kanto-

ne, insbesondere die Trägerkantone, die erforderlichen Geldmittel zur Verfügung stellen.

Die Kommission kann also feststellen, dass eine Erhöhung der Aufnahmekapazität in jedem Fall mit höheren Kosten verbunden ist und dass dies massive Konsequenzen für den Mitträger der Universität Basel, den Kanton Basel-Landschaft hat (Leistungsauftrag 2013-17).

://: Eintreten auf die Vorlage war für alle Fraktionen völlig unbestritten.

#### 4. Antrag

Die BKSK beantragt dem Landrat mit 11:0 Stimmen ohne Enthaltung Zustimmung zur Vorlage [2012/121](#) und das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

Reinach, 27. Januar 2013

Bildungs-, Kultur- und Sportkommission

Paul Wenger, Präsident